

Strategische Allianzen auf der Achse des Pragmatismus

Die amerikanisch-pakistanischen Beziehungen im Lichte von Bushs Reise auf den Subkontinent

Von Nils Rosemann

Vier Tage weilte der amerikanische Präsident George W. Bush Anfang März 2006 auf dem indischen Subkontinent. Mit unterschiftsreifen Verteidigungs- und Handelsabkommen sowie einer Agrarvereinbarung im Gepäck war das Hauptziel Indien. Daher überraschte die Stippvisite Bushs auf dem Hinflug am 1. März in Kabul und die Kürze seines knapp 24stündigen Aufenthalts in Islamabad am 3. und 4. März. Die um einen Tag vorgezogene Landung der verdunkelten Air Force One, die Übernachtung in der als Bastion ausgebauten amerikanischen Botschaft und Bushs Spiel mit der pakistanischen Krickernationalmannschaft hinter zwölf Meter hohen Mauern und Stacheldraht spiegeln die Umstände wieder, unter denen Bush seinen „wichtigsten Verbündeten außerhalb der NATO“ besuchte. Ein Tag vor Bushs Ankunft explodierte in der Nähe des amerikanischen Konsulats in Karachi eine Autobombe, bei der vier Menschen, darunter ein US-Diplomat, ums Leben kamen und 54 Personen verletzt wurden.

Amerikas und Pakistans Außenpolitik wird überwiegend von innenpolitischen Interessen und deren Rahmenbedingungen getragen. Nachdem sich das außenpolitische Desaster des Irakkrieges als innenpolitisches Fiasko für Bush entwickelte, war es für ihn wichtig, durch die Besuche beim afghanischen Präsidenten Hamid Karsai und pakistanischen Präsidenten General Pervez Musharraf zu zeigen, dass er wenigstens in seinem globalen Antiterrorkrieg auf die richtigen Partner gesetzt hat. Das eigene militärische Debakel und die Auflösung der Koalition im Irak lässt sich durch die militärische Kooperation mit dem als neutral geltenden Indien und der Annäherung zum indischen Ministerpräsidenten Manmohan Singh ausgleichen.

Obwohl Musharraf die demokratische Legitimation fehlt, sich der pakistanische Geheimdienst wenig von dem Syriens unterscheidet, die pakistanische Atomforschung der Ausgangspunkt für die Arbeit an der Atombombe in Nordkorea, Libyen und Iran ist, und in Kaschmir kämpfende Freischärler in der gleichen Art unterstützt und trainiert werden, wie seinerzeit in Afghanistan kämpfende Mudschaheddin und Taliban, gehört Pakistan nicht zur so genannten Achse des Bösen, sondern findet sich auf Washingtons Achse des Pragmatismus wieder. Die ergebnisorientierte Interessenpolitik Bushs ist durch eine Selektivität der Stärke gekennzeichnet. Damit liegt die amerikanische Überlegenheit gegenüber Pakistan in der vom Pragmatismus getragenen Beliebig-

keit Washingtons.

Geostrategische Bewertung

Pakistan liegt zwischen Iran und Afghanistan im Westen, China im Osten und Indien im Südosten und Süden, mit Iran verbindet die durch Wüste und Berge unkontrollierbare Grenze in der Unruheprovinz Belutschistan. In Belutschistan liegt Pakistans größtes Entwicklungspotential in Form von Rohstoffen und Erdgasvorkommen. Seit Dezember 2004 herrschen jedoch bürgerkriegsartige Zustände. Im vergangenen Jahr kam es zu 187 Bombenanschlägen, 257 Raketenangriffen, acht Anschlägen auf Gasleitun-

gen, 38 Angriffen auf Elektrizitätswerke und 19 Anschlägen auf Bahnstrecken. Entscheidend profitieren davon einzelne Stammesfürsten und die Zentralregierung in Islamabad. Verschiedene paramilitärische Befreiungsgruppen und viele kleine Terroreinheiten stehen einer nach inoffiziellen Schätzungen 150.000 Mann starken Staatsgewalt aus Grenzpolizei, Antiterrorerheiten und regulärer Armee gegenüber. Die unabhängige Menschenrechtskommission Pakistans geht von zirka 100.000 Binnenvertriebenen aus. Im Vorfeld des Bushbesuches gewannen die Konflikte an Intensität.

Für General Musharraf ist es wichtig, für die Sicherheit und Integrität des Landes zu stehen. Zwischen Indien, Pakistan und Iran ist eine über 2.600 Kilometer lange Gaspipeline im Gespräch, die über eine befriedete Provinz Belutschistan führen muss, falls sich Indien und Iran nicht doch noch für die erheblich teurere Trassenführung durch die arabische See entscheiden. Das 5,9 Milliarden Euro Projekt soll vor allem dem Energiebedarf Indiens dienen. Unter diesen Gesichtspunkten erscheinen Unterstellungen Pakistans, Indien würde den Konflikt in Belutschistan über seine Konsulate in Afghanistan und Iran unterstützen, nur dann plausibel, wenn Indien auf andere Energiequellen zurückgreifen kann. In diesem Zusammenhang gewinnt die Vereinbarung zur Kooperation zwischen USA und Indien im Bereich der zivilen Nutzung der Atomenergie – und die damit zusammenhängende faktische Aufhebung des fast dreißigjährigen Embargos durch die USA – eine besondere Bedeutung. Die USA hat deutlich gemacht, dass sie eine Gaspipeline von Turkmenistan über Afghanistan dem iranischen Projekt vorzieht.

Schon jetzt sind die pakistanischen Gasproduktionsstätten in Sui, Loti und Pir Koh beliebtes Ziel von Anschlägen und unterbrechen regelmäßig die landesweite Gasversorgung. Vergleichbar zu den bürgerkriegsartigen Zuständen in Belutschistan ist der offene Krieg zwischen zirka 80.000 staatlichen Milizen und Armeeeinheiten und den Taliban in der Grenzregion zu Afghanistan. Die pakistanisch-afghanische Grenze dient als Ausbildungsgebiet verschiedener, vom pakistanischen Militär und Geheimdienst

unterstützter, terroristischer Vereinigungen. Diese kämpften vor Pakistans Seitenwechsel in die amerikanische Koalition der Willigen in Afghanistan und kämpfen jetzt im Kaschmir. Der Teil der Kämpfer, der durch das Bündnis mit den USA fallen gelassen wurde, wird heute zu Al Qaeda und den Taliban gezählt, die einen Großteil der Region kontrollieren und das unzugängliche Grenzgebiet als Rückzugsraum und Ausgangsort für Operationen in Afghanistan und Pakistan nutzen. Das Gebiet fällt überwiegend mit den Stammesgebieten der Paschtunen zusammen, die die Grenze entlang der Durand-Linie von 1893 nicht anerkennen, die Zentralregierungen in Kabul und Islamabad ablehnen, und offen mit den Taliban sympathisieren.

Musharraf wird vielfach kritisiert, nicht entschieden genug gegen diese Gruppen vorzugehen. Die im benachbarten Afghanistan stationierten US-Truppen helfen sich deshalb häufig selbst und greifen auch auf pakistanischer Seite direkt an. Bei den Anschlägen kamen im Januar in der Region Bajaur 18 Menschen, in Nordwaziristan im Dezember 2005 sechs Personen, bei einer Offensive im März im afghanischen Spin Boldak 16 Pakistani aus Waziristan ums Leben. Das Image Pakistans, weiterhin friedlicher Hafen für Al Qaeda zu sein, veranlasste Bush, deutlich zu machen, die strategische Partnerschaft zu Pakistan beginne mit „enger Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus“. Kontrastierend dazu stehen die im Februar vom afghanischen Privatsender Tolo TV ausgestrahlten Bilder aus der südwazirischen Stadt Mandrakhel, in der unter den Augen des pakistanischen Militärs mehrere Tote an Autos durch die Straßen geschleift wurden und Kämpfer vor mehreren aufgespießten Köpfen „lang lebe Osama Bin Laden“ und „lang lebe Mullah Omar“ riefen. Strategisch geschickt hatte Musharraf am 1. März, dem Tag von Bushs Visite in Kabul, in Nordwaziristan die Sadigar-Offensive begonnen.

Durch den pakistanischen Militärschlag auf afghanische Flüchtlingslager, Koranschulen und Zeltlager in den Bergen wurde ein schwelender Konflikt neu angefacht, dem bis Ende März mehr als 200 Menschen zum Opfer fielen. Musharraf jedoch brachte er das Vertrauen Bushs

zurück, und beiden die Rechtfertigung für die Sonderrolle Pakistans in der amerikanischen Antiterrorallianz.

Sonderrolle Pakistans

Diese Sonderrolle wird Pakistan besonders vom erstarkten Afghanistan strittig gemacht. Aus diesem Grund kam es zwischen dem Militärdiktator Musharraf und dessen demokratisch legitimierten Counterpart Präsident Hamid Karsai in jüngster Zeit immer wieder zu Unstimmigkeiten. Von allen Seiten wird zwar stets behauptet, man habe gemeinsame Interessen, jedoch machen die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen Karsai und Musharraf deutlich, dass die Interessen von einem Konkurrenzdenken gegenüber den USA getragen werden. Der eskalierende Streit geht auf die Behauptung afghanischer Sicherheitskräfte zurück, Mullah Omar und Osama Bin Laden versteckten sich in Pakistan. Fast zu einem Possenspiel entwickelt sich die Überprüfung einer von Karsai bei seinem Staatsbesuch im Februar übergebenen „Talibanliste“. Karsai betonte nach seinem Treffen mit Pakistans Premier Shaukat Aziz, Afghanistans Bedürfnis bezüglich der hochrangigen Führer der Terroristen „den Austausch von Informationen zu intensivieren“. Zur gleichen Zeit erklärte Karsai in Afghanistan, dass die übergebenen Informationen keine Namen, jedoch Details über Aufenthaltsorte enthielten. Musharraf konnte Bush durch seine Offensive in der Grenzregion und wahrscheinlich auch durch die Übergabe von in den geheimen Gefängnissen Alizai, Kohat und Peshawar erlangten Informationen überzeugen, dass Pakistan über bessere Informationen verfüge als Afghanistan. Um seiner Sonderrolle für die USA gerecht zu werden, wird Pakistan unterstrichen haben, dass es den Großteil der Erblast der gemeinsamen Unterstützung von Al Qaeda-Truppen und Taliban trage. In Bezug auf den grenzüberschreitenden Terrorismus und die damit zusammenhängende Gefahr der fast 20.000 internationalen Soldaten in Afghanistan favorisiert Musharraf nunmehr die gleiche Lösung wie mit Indien in Kaschmir: Stacheldraht und Minen.

Kaschmir & Indien

Der Norden und Nordosten Pakistans bildet die zwischen Indien und Pakistan umstrittene territoriale Erbmasse des ehemaligen Fürstentums *Jammu und Kaschmir*. Die Regionen Gilgit, Hunza und Baltistan unterliegen als „bundesverwaltete Nördliche Territorien“ der unmittelbaren Verwaltung Islamabad. Durch dieses Gebiet führt der Karakorum Highway, an dessen Ausbau und Nutzung China ein erhebliches Interesse hat, da die im äußersten Nordwesten gelegene, chinesische Provinz Uigurien mit einem zentralen Programm an den Wirtschaftsaufschwung herangeführt werden soll. Der Hafen im

favorisiert seit dem Erdbeben und einer merklichen Annäherung an Indien die Öffnung von Grenzübergängen an der Waffenstillstandslinie und mehrerer Verkehrsverbindungen zwischen beiden Ländern. Doch die pakistanischen Ansprüche auf das gesamte Territorium – inklusive den indischen Teil – bleiben davon unberührt.

Pakistans Hoffnung in Bezug auf die USA war und ist, dass sich Washington der pakistanischen Forderung nach einer Internationalisierung des Kashmir-Problems über die Generalversammlung der Vereinten Nationen anschließen könnte. Bezüglich der Kaschmirinteressen, so Buch in einem Interview in den indischen Zeitungen „The Times“ und „Dainik

statteten „Bürger des Kaschmir“ eine Fiktion sind und zwischen den Konfliktparteien Indien und Pakistan keine der immer wieder neu vorgeschlagenen Lösungen – Ende März schlug Indiens Premier Singh einen Friedensvertrag vor – akzeptabel ist. So erstaunt es wenig, dass Bush in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Musharraf in Islamabad, die betroffene Zivilbevölkerung außen vor lässt und erklärt: „Der beste Weg für Kaschmir ist, wenn die Führer beider Länder hervortreten und führen.“ Aus Bushs Besuch in der Region wurde deutlich, dass die Kaschmirfrage für die USA nur dann an Interesse gewinnen kann, wenn deren fehlende Lösung Indien oder Pakistan destabilisieren würde.

Ökonomischer Rahmen

Die am 4. März vorgestellte gemeinsame Erklärung bezieht sich auf die Wirtschaftskooperation zur Investitionssicherheit und für Wachstumschancen. Anders als im Fall Indiens wurden hierzu keine neuen Verträge und Abkommen mit Pakistan geschlossen. Dass Pakistan nicht im gleichen Maße wie Indien mit Abkommen überschüttet wurde, liegt auch an der langjährigen Kooperation zwischen Washington und Islamabad, während die indo-amerikanischen Beziehungen bisher viel weniger ausgebaut waren. Während Indien nun

auf einen Marktzugang in den USA hoffen kann, besteht dieser für bestimmte pakistanische Produkte schon lange. Und die Militärkooperation mit Indien steht weit hinter den 300 Millionen US-Dollar jährlicher Militärhilfe und der vereinbarten Lieferung von 55 neuen und 25 gebrauchten F-16 Kampfflugzeugen, sowie U-Booten, Flottillen und Militärgeräten



Medikamentenlager in einem Feldlazarett im nordpakistanischen Erdbebengebiet. Foto: Nils Rosemann

pakistanischen Karachi und der neue Tiefseehafen im belutschischen Gwadar liegen näher als die chinesischen Häfen. Der kleinere, als *Freies Kaschmir* bezeichnete Teil, hat eine eigene Verfassung und wird von einer Marionettenregierung Islamabads regiert. Dieser Teil ist überwiegend vom verheerenden Erdbeben vom 8. Oktober 2005 betroffen. Musharraf

Bhaskar“ vom 24.2.2006, unterstütze Amerika eine Lösung, die für alle Seiten akzeptabel sei. Man werde sich erinnern, dass er „für beide Seiten“ gesagt habe. Er verstehe vollkommen, dass eine Lösung akzeptabel für Inder, Pakistani und die Bürger Kaschmirs sein müsse. Bush verkennt bei diesen Ausführungen, dass die mit demokratischen Rechten ausge-

zurück. Zusätzlich erhält Pakistan weitere 300 Millionen US-Dollar Budgethilfe und Unterstützung in Höhe einer halben Milliarde Dollar für die Erdbebenopfer. Pakistan kann auf vielfältige Privilegien zurückblicken, die erst im Januar durch Premierminister Aziz bei seinem Staatsbesuch in Washington erneuert wurden. Strategisch geschickt war es, dass Musharraf in der Woche vor Bushs Ankunft das Nachbarland China besuchte, und mit einer Absichtserklärung zur Kooperation für die nichtmilitärische Nutzung der Atomenergie zurückkehrte.

Nichtmilitärische Nutzung der Atomenergie

Pakistan blickt auf eine langjährige stille Duldung der USA beim Aufbau seiner zivilen und militärischen Nukleartechnik zurück. Erst nachdem – anders als Indien – Pakistan aus der Verbreitung seines Wissens Nutzen ziehen wollte, wurde diese Unterstützung eingestellt. Der in den Medien als „Ohrfeige“ bezeichnete Satz Bushs bezüglich Pakistans Forderung, einen mit Indien vergleichbaren Atomnutzungsvertrag zu bekommen, erhält unter diesen Gesichtspunkten eine andere Bewertung. „Ich habe klargestellt, dass Pakistan und Indien verschiedene Länder mit unterschiedlicher Geschichte und unterschiedlichen Bedürfnissen sind“, so der amerikanische Präsident. Indien unterlag seit 1974 einem Embargo der USA. Pakistan konnte auf dem Papier stehende Einschränkungen nach dem Atomtest von 1998 stets umgehen und machte unmittelbar nach Bushs Besuch deutlich, dass es andere Länder einlade, Atomanlagen zur Energiegewinnung in Pakistan zu bauen. Die sich im Juli 2005 schon in einer Vereinbarung zwischen Ministerpräsident Manmohan Singh und Bush abzeichnende Kooperation zwischen USA und Indien in der zivilen Nutzung der Atomenergie überraschte Viele, jedoch nicht Pakistan. Premierminister Shaukat Aziz gab sich mit Singh im Januar 2006 in Washington die Klinke des Weißen Hauses in die Hand. Singh und Bush formulierten die unterschriftsreifen Verträge für März. Bush und Aziz versicherten sich gegenseitig, dass Pakistan seine

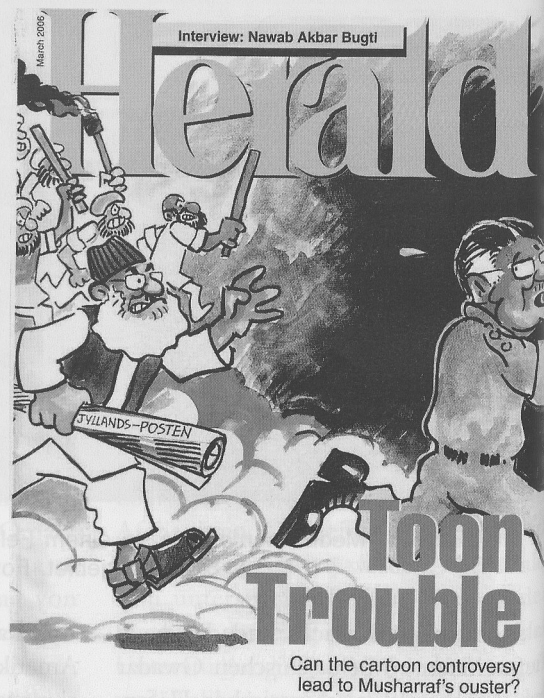
Sonderrolle nicht verliere und Bush medienwirksam in Pakistan Halt machen werde.

Politischer Rahmen

Präsident George W. Bush holte 2001 Militärdiktator General Pervez Musharraf aus der Isolation, als dieser seine uneingeschränkte Kooperation in Bushs globalen Antiterrorkrieg zusicherte. Seinerzeit konnte Musharraf auf die fundamentalislamistischen Parteien der Koalition *Muttahida Majlis-e-Amal* zählen. Erkauft wurde diese Unterstützung dadurch, dass die Pakistanischen Volkspartei (PPP) bei der Vergabe des Oppositionssprechers im Unterhaus des pakistanischen Parlaments übergangen wurde, und dieses Amtes an Maulana Fazal-ur Rehman vergeben wurde. Damit war der Grundstein für die spätere Regierungsbeteiligung der Mullahs in zwei von vier Provinzen, die Nordwest-Grenzprovinz und Belutschistan, gelegt. Diese dankten es 2004 mit ihrer Zustimmung zu einer Verfassungsänderung, die versucht, Musharrafs Doppelfunktion als Armeeführer und Präsident zu legitimieren. Zwischenzeitlich hat Musharraf seine innenpolitischen Verbündeten verloren und steht wegen seiner Nähe zu Washington unter erheblichem Druck.

Die landesweiten Proteste wegen der Mohammed-Karikaturen sowie die Internierungen führender Politiker und knapp 10.000 Aktivisten der Opposition zeigten, wie fragil das Eis und wie nervös Musharraf ist, wenn er sich darauf bewegt. Die ihn im Parlament unterstützenden Parteien erklärten Anfang des Jahres, dass sie Musharraf 2006 für eine weitere, fünfjährige Amtszeit als Präsident bestätigen wollen. Bushs Besuch hat damit zivilgesellschaftliche Kräfte, die in der Allianz zu den USA auch eine Chance zur Demokratisierung in Pakistan sehen, nicht gestützt. In den Augen der militanteren, anti-amerikanischen

Strömungen Pakistans, hat der Besuch von Bush Musharraf eher geschwächt, da es dem pakistanischen Militärmacht-haber nicht gelungen ist, die Vorteile der Allianz herauszustellen. Die Nähe zur Wertegemeinschaft der USA ist für die Islamisten ein Verrat am islamischen Fundament der Nation. Der neoliberale Wirtschaftskurs der Regierung Aziz die ne dem Ausverkauf des Landes und General Musharrafs militärische Allianz führe zu besatzungsähnlichen Zuständen, die Zentrifugalkräfte freisetzen und die Integrität Pakistans gefährden. Besonders die Rolle der Armee in den Stammesgebieten und Belutschistan wird mit früheren Einsätzen in Ostpakistan, dem heutigen Bangladesch, oder dem Vorgehen amerikanischer Truppen im Irak oder der israelischen Armee in den besetzten Gebieten Palästinas verglichen. Die pakistanischen Sicherheitskräfte greifen in den Stammesgebieten immer häufiger auf ein besonderes Strafrecht, den *Frontiers Criminal Regulations Act*, zurück, um die Zivilbevölkerung durch Kollektivstrafen wie Sippenhaft und Eigentumsvernichtung zu terrorisieren. D



Karikatur (Titelbild) des pakistanischen "Herald" zum Thema Mohammed-Karikaturen: Mullahs verfolgen mit den inkriminierten Zeitungsexemplaren den pakistanischen Präsidenten Musharraf Foto: Südasiens